



## Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

### **Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Soziale Unternehmen stärken gerade auch in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt, weil diese Unternehmen im allgemeinen Interesse handeln, nachhaltig und sozial wirtschaften, Arbeitsplätze schaffen und von den Werten Solidarität und Selbstbestimmung geleitet sind.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung die Initiative der Europäischen Kommission zur Stärkung sozialer Unternehmen zu unterstützen und Möglichkeiten der Umsetzung in Schleswig-Holstein aufzuzeigen und dabei insbesondere

- sich in die Debatte auf europäischer Ebene einzubringen und die Interessen des Landes Schleswig-Holstein und seiner sozialen Unternehmen einzubringen,
- die Arbeit sozialer Unternehmen in Schleswig-Holstein umfassend zu unterstützen, beispielsweise bei der Gründung und Entwicklung von Unternehmen, bei Schulungs- und Bildungsmaßnahmen sowie beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen und zu Finanzierung, soweit dies mit wettbewerbs- und vergaberechtlichen Bestimmungen vereinbar ist,
- die EU-Fördermittel im Rahmen des ESF und EFRE auch für eine Unterstützung sozialer Unternehmen mit zu berücksichtigen,
- den Umfang und die Bedeutung der Sozialwirtschaft in Schleswig-Holstein in geeigneter Weise aufzuzeigen.

**Begründung:**

Das „soziale Unternehmertum“ wird zurzeit überall in Europa diskutiert. Die Europäische Kommission hat bereits 2011 im Rahmen ihrer Europa-2020-Strategie eine Initiative für soziales Unternehmertum auf den Weg gebracht und diese seither mit verschiedenen Vorschlägen unterfüttert. Nach ihrer Definition sind „Sozialunternehmen“ durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Erwirtschaftung von marktbasierendem Einkommen;
- das soziale oder gesellschaftliche gemeinnützige Ziel ist Sinn und Zweck ihrer Geschäftstätigkeit, was sich oft in einem hohen Maß an sozialer Innovation äußert;
- Gewinne werden größtenteils wieder investiert, um dieses soziale Ziel zu erreichen;
- ihre Organisationsstruktur oder Eigentumsverhältnisse spiegeln dieses Ziel wider, da sie auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Mitarbeiterbeteiligung basieren oder auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sind.

Um Sozialunternehmen zu stärken führt die Kommission regelmäßig Gespräche mit Sachverständigen zu dem Thema und hat dazu aktuell am 16. und 17. Januar 2014 eine Veranstaltung organisiert, um sich mit interessierten Akteuren über Fragen des sozialen Unternehmertums auszutauschen. Ergebnis ist die Straßburger Erklärung vom 17. Januar 2014, in der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz zur Ausschöpfung des Potenzials der Sozialunternehmen aufrufen. Weitere Gespräche mit der eigens eingerichteten Sachverständigengruppe sind für Juni und November 2014 geplant.

Regina Poersch  
und Fraktion  
SSW

Bernd Voß  
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering  
und die Abgeordneten des